

DRINGLICHE ANFRAGE von Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil), Urs Lauffer (FDP, Zürich) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich)

betreffend Neues Finanzierungsmodell für Kinder- und Jugendheime

Im Sommer 2005 hat die Bildungsdirektion das neue, ab Januar 2007 geltende Finanzierungsmodell (Modell 41) für die Kinder- und Jugendheime im Kanton Zürich vorgestellt. Damit verfolgt die Bildungsdirektion zwei Ziele: Harmonisierung der Staatsbeiträge und ein bedarfsgerechtes Angebot in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendhilfe. Mit dem Wechsel von der bisherigen Defizitgarantie zu einem Normkostenmodell bedeutet die neue Heimfinanzierung einen grundlegenden Richtungswechsel der Bildungsdirektion.

Im Grundsatz ist eine Neuausrichtung der Heimfinanzierung zu begrüßen. Das Modell 41 weist aber grosse Mängel auf. Es geht nicht von der Leistungserbringung aus, setzt keine Anreize für kostenbewusstes Arbeiten und schafft für die Trägerschaften erhebliche Risiken. Das wirtschaftliche Risiko entsteht nicht durch den fehlenden Bedarf, sondern durch das Finanzierungsmodell. Zeitgemässe und bedarfsgerechte Angebote (z.B. teilbetreute Angebote) werden gegenüber voll betreuten Plätzen benachteiligt und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Trägerschaften die Weiterführung von Angeboten mit grossen wirtschaftlichen Risiken prüfen werden.

Die Trägerschaften erhalten Kompetenzen in der Gestaltung der Taxen für die einweisenden Behörden. Dies führt zu Nachteilen für die Gemeinden (administrativer Aufwand durch eine Vielzahl von Taxen, Wildwuchs bei den Taxen und damit geringe Planbarkeit der Ausgaben). Es beeinträchtigt langfristig auch die Qualität der Jugendhilfe. Heimplatzierungen erfolgen nicht mehr nach fachlichen Kriterien, sondern zunehmend auf Grund der Höhe der Taxe. Leider wurden die Trägerschaften bei der Modellentwicklung nicht mit einbezogen. Ihre Fachliche Kompetenz war offensichtlich nicht gefragt.

Im übernächsten Jahr tritt der NFA in Kraft. Der NFA bringt für die Finanzierung der Sonderschulung und der Heimaufenthalte tief greifende Veränderungen und erfordert ein neues Gesetz über die Finanzierung der Jugendhilfe und Sonderschulung. Dieses ist derzeit in der Vernehmlassung.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es sinnvoll, kurz vor der Umsetzung des NFA und der Einführung des Gesetzes über die Finanzierung der Jugendhilfe und der Sonderschulung ein neues Finanzierungsmodell einzuführen?
2. Weshalb wurden die Trägerschaften, die aus einer langen Tradition heraus wichtige Aufgaben im Bildungsbereich verantwortungsvoll übernehmen, nicht in die Entwicklung einbezogen?
3. Für die Stadt Zürich will der Regierungsrat für die ambulante Jugendhilfe, die integrative Sonderschulung und den schulpyschologischen Dienst abweichende Bestimmungen erlassen. Über die konkreten Vorstellungen des Regierungsrates besteht auch hier nach wie vor keine Klarheit. Bis wann kann der Regierungsrat diesbezüglich verbindliche Aussagen machen? Ist der Regierungsrat bereit, die Regelung mit der Stadt Zürich dem

Kantonsrat in einer zustimmungspflichtigen Verordnung zu unterbreiten?

4. Die Zusammenarbeit zwischen den Amtsstellen der Bildungsdirektion, namentlich mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung und den Trägerschaften ist seit langem schwierig. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um diesen Zustand im Interesse aller Beteiligten zu verbessern?
5. Wie erklärt der Regierungsrat den Widerspruch zwischen der eigenen Zielsetzung eines bedarfsgerechten Angebots in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendhilfe und eines Finanzierungsmodells, welches nicht von einem Bedarf ausgeht?

Begründung der Dringlichkeit:

Trägerschaften und Heime verfügen bis heute, drei Monate vor der Einführung, über keine verbindlichen Grundlagen für ihre Finanzplanung 2007. Die Planungsarbeiten für das kommende Jahr sind erschwert bis verunmöglicht.

Johannes Zollinger
Urs Lauffer
Katharina Prelicz-Huber

Hp. Amstutz	B. Angelsberger	M. Arnold	B. Badertscher	S. Bernasconi
R. Brunner	V. Bütler	M. Clerici	O. Denzler	S. Dollenmeier
L. Dür	H. Fahrni	G. Fischer	W. Furter	W. Germann
G. Guex	E. Guyer	P. Hächler	H. Hartmann	T. Heiniger
R. Hirt	Ch. Holenstein	A. Hug	H. Jauch	B. Johner
D. Kläy	K. Kull	B. Leiser	R. Mäder	T. Maier
R. Margreiter	L. Müller	H-P. Portmann	B. Ramer	HH. Raths
P. Reinhard	S. Rihs	M. Rohweder	S. Rusca	R. Sauter
W. Scherrer	L. Schmid	A. Simioni	E. Stocker	A. Suter
R. Thalman	N. Vieli	T. Vogel	C. Walker	R. Walther
B. Walti	P. Weber	K. Weibel	T. Weibel	J. Wiederkehr
G. Winkler	M. Zaugg			